



# Neun Leitfragen für die Zukunftswerkstatt „Arbeit – Umwelt – Innovation“

## - Kurzversion -

Diese Leitfragen sollen die Arbeit der Zukunftswerkstatt strukturieren. Wir freuen uns über Rückmeldungen und Hinweise! Kontakt: [Petra.Kinne@spd.de](mailto:Petra.Kinne@spd.de), Tel. 259910

### **Inhaltsverzeichnis**

(1) Was ist das Leitbild von sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik und welche Begrifflichkeiten sind hierfür zentral? .....	2
2) Was ist eine "sozialdemokratische Ordnungspolitik", die die Anforderungen von nachhaltiger Wertschöpfung, ökologischer Innovation und sozialer Gerechtigkeit klar und verlässlich vereint?.....	2
(3) Welche Bedingungen braucht ein erfolgreicher Industriestandort Deutschland?.....	3
(4) Was ist unsere Strategie für eine stärkere Binnenwirtschaft und Verteilungsgerechtigkeit?.....	4
(5) Wie beleben wir Investitionen? .....	5
(6) Wie erneuern wir das Innovationssystem des „Modells Deutschland“?.....	5
(7) Wie machen wir den Finanzsektor endlich zum Diener der Realwirtschaft und zu einem verlässlichen Eckpfeiler einer „Sozialen Marktwirtschaft“? .....	6
(8) Wie lösen wir die krisenbedingten Zielkonflikte zwischen Zins-, Haushalts-, Konjunktur- und Sozialpolitik? .....	7
(9) Was ist Europas Strategie gegen die öffentliche Schuldenkrise und für eine bessere wirtschaftspolitische Koordinierung? .....	8





## **(1) Was ist das Leitbild von sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik und welche Begrifflichkeiten sind hierfür zentral?**

Ziel der Zukunftswerkstatt Arbeit – Umwelt – Innovation ist es, der SPD mehr „Deutungshoheit“ in der Wirtschaftspolitik zu verschaffen. Neben der Entwicklung konkreter Programme gilt es hierbei, den Blick auf das Grundsätzliche zu richten: Welcher Vision folgt eigentlich sozialdemokratische Wirtschaftspolitik?

Die Finanz- und Wirtschaftskrise hat der uneingeschränkten Marktgläubigkeit ein jähes Ende gesetzt. Gerade darum kann und muss die Sozialdemokratie nun die Meinungsführerschaft in Wirtschaftsfragen gewinnen. Hierfür bedarf es eines verständlichen Leitbilds, in dem Wesen und Ziele unseres wirtschaftspolitischen Projekts umfassend zur Geltung kommen. Es muss in diesem Leitbild deutlich werden, dass unsere praktische Politik im Kleinen der Verwirklichung unserer Werte im Großen folgt (ökologische Nachhaltigkeit, sozialer Ausgleich und Teilhabe) und der langen sozialdemokratischen Tradition verbunden ist. Markt und Staat sollen klar gewichtete Rollen zugewiesen werden. Im Mittelpunkt steht hierbei die Lebensqualität des Menschen, dessen Ziel alles Wirtschaften sein muss.

Einprägsame Begrifflichkeiten sind entscheidend für die Verankerung unseres Leitbildes in den Köpfen der Menschen. Solche zentralen Begriffe gilt es zu identifizieren: was bedeutet „Fortschritt“, „Nachhaltigkeit“, „Qualitatives Wachstum“? Sprechen wir von „Fairness“ oder „Gerechtigkeit“? Wie beschreiben wir die von uns gewünschte Wirtschaftsordnung?

Unter dem zu formulierenden Leitbild soll die Zukunftswerkstatt Arbeit - Umwelt – Innovation ein wirtschaftspolitisches Programm für die Sozialdemokratie erarbeiten, das auf dem Parteitag 2011 zu beschließen ist. Dieses Programm soll auch ein steuer- und abgabenpolitisches Konzept beinhalten. Eckpunkte sollen bereits auf dem Parteitag 2010 beraten werden.

## **2) Was ist eine „sozialdemokratische Ordnungspolitik“, die die Anforderungen von nachhaltiger Wertschöpfung, ökologischer Innovation und sozialer Gerechtigkeit klar und verlässlich vereint?**

Ein sozialdemokratisches Verständnis von Ordnungspolitik muss die wesentlichen Aspekte unseres wirtschaftlichen Leitbilds (s. Frage (1)) verkörpern. Seine Grundprinzipien könnten sein:

- Investitionen ankurbeln statt Spekulationen befeuern: etwa durch Steuererleichterungen für Forschung und Entwicklung im Mittelstand sowie Steuererhebung auf Finanztransaktionen.



- Wertschöpfung stärken statt Wertabschöpfung belohnen: Vergütungssysteme müssen so gestaltet werden, dass der langfristige Unternehmenserfolg über kurzfristiger Gewinnmaximierung steht.
- Anreize für sparsamen Umgang mit Energie und Ressourcen setzen und den ökologischen Umbau unserer Wirtschaft beschleunigen, auch im Steuerrecht.
- Beim Übergang von ehemaligen Monopolen zu Wettbewerbsmärkten (Telekom, Post, Strom, Gas, Eisenbahn) muss Qualitätswettbewerb gesichert sein. Einen Lohndumping-Wettlauf werden wir nicht zulassen.
- Nicht zuletzt: Eine gerechte Gestaltung des Systems von Löhnen, Steuern und Abgaben, die verhindert, dass die Einkommensspaltung unsere Gesellschaft zerreißt und unsere Wirtschaft schwächt
- Die öffentlichen Haushalte müssen nachhaltig finanziert werden. .
- Ein wichtiger Teil des sozialdemokratischen Ordnungsrahmens muss unser Konzept von nachhaltiger und gerechter Unternehmensführung sein. Ein traditioneller Eckpfeiler dieses Konzepts liegt in einer starken Sozialpartnerschaft und der betrieblichen und Unternehmensmitbestimmung

## **(2) Welche Bedingungen und Maßnahmen braucht ein erfolgreicher Industriestandort Deutschland?**

Die wirtschaftliche Kernstärke Deutschlands liegt im erfolgreichen Zusammenspiel aus produzierendem Gewerbe und produktionsnahen Dienstleistungen. Gemeinsam erbringen Industrie und industrienaher Dienstleistungen mehr als die Hälfte der Wirtschaftsleistung in Deutschland. Knapp 90 % aller Aufwendungen für Forschung und Entwicklung entfallen auf die Industrie. Wesentlich für den Erfolg auf den Märkten ist das Zusammenspiel von kleinsten bis hin zu großen Unternehmen entlang der wichtigen Wertschöpfungsketten.

Rohstoffe werden knapper und teurer, da die weltweite Nachfrage steigt. In der Industrie machen Energie- und Materialkosten mittlerweile rund die Hälfte des Bruttoproduktionswerts aus. Einsparungen in diesem Bereich sind deshalb nicht nur von ökologischer Bedeutung. Das Potenzial für substantielle Kosteneinsparungen und für entscheidende Wettbewerbsvorteile muss ausgeschöpft werden:

- Energieeffizienz im Produktionsprozess ist ein Teil der Antwort. Ebenso wichtig ist die Effizienz der Energieerzeugung und –übertragung. Ziel ist ein intelligentes Stromnetz, das Verbrauchs- und Erzeugungsprofile auswertet, verknüpft und optimal koordiniert.



- Wir müssen den Zielkonflikt zwischen Anreizen für Effizienz und Erneuerbaren, Versorgungssicherheit, wettbewerbsfähigen Energiepreisen und unserem klaren Bekenntnis zum Atomausstieg lösen. Insbesondere müssen wir die Rolle des Energieträgers Kohle für diese Übergangszeit klären.
- Umweltschonende, ressourceneffiziente Technologien und Dienstleistungen werden zur entscheidenden neuen Wachstumschance, insbesondere für den Mittelstand.

### **(3) Was ist unsere Strategie für eine stärkere Binnenwirtschaft und Verteilungsgerechtigkeit?**

Deutschlands Wohlstand beruht insbesondere auf seiner exportkräftigen Industrie. Doch die Kehrseite der deutschen Exportstärke in den letzten Jahren war die Schwäche seiner Binnenwirtschaft. Die inländische Nachfrage trug immer weniger zum Wachstum bei, der private Konsum stagnierte. Eine überproportionale Abhängigkeit von internationaler Nachfrage machte Deutschland somit auch in der Weltwirtschaftskrise verwundbarer.

In Zukunft muss Deutschland seine wirtschaftlichen Stärken nach innen und außen besser ausbalancieren. Das Grundprinzip dieses Prozesses scheint klar: „Wachstum durch Gerechtigkeit“. Denn eine sozialere Einkommensverteilung stärkt unsere Inlandsnachfrage. Wer viel hat, spart nämlich, was oben drauf kommt. Wer aber wenig hat, nutzt jeden zusätzlichen Euro.

Die politischen Schritte auf diesem Weg sind für die SPD eindeutig: Wir fordern einen flächendeckenden Mindestlohn. Wir brauchen starke Gewerkschaften, echte Mitbestimmung und notwendige Flächentarifverträge, um insgesamt eine steigende Lohnquote zu erreichen. Wir fordern gute Löhne für gute Arbeit und wehren uns gegen die systematische Aufstockung von Billiglöhnen durch staatliche Zuschüsse. Wir befürworten die Orientierung der Lohnentwicklung am Produktivitätszuwachs.

Weiterhin müssen wir das Wachstum heimischer Dienstleistungssektoren befeuern. Hierzu müssen wir die Leitmärkte der Zukunft identifizieren und gezielt fördern. Das wesentliche Augenmerk liegt dabei in Gesundheit und Pflege.

Auch die Kreativwirtschaft kann ein Zugpferd der Binnenwirtschaft werden. Kreativbranchen wie Verlage, Musikwirtschaft, Film, Fernsehen und Bühne, Architektur und Kulturtourismus sind schlummernde Riesen, die wir entwickeln wollen. Die Kreativwirtschaft unterstützt die Modernisierung Deutschlands, sie ist häufig ein Weg zur Integration und bietet vielfältige Chancen für den sozialen Aufstieg.

Kurzum: Deutschland muss durch eine Stärkung seiner Binnenwirtschaft zur Stabilisierung der internationalen Leistungsbilanzen beitragen. Eine wachsende Inlands-



nachfrage und eine Verminderung der weltweiten Ungleichgewichte muss aus nationaler wie globaler Verantwortung heraus geschehen.

#### **4) Wie beleben wir Investitionen?**

Wir brauchen mehr Investitionen in realwirtschaftliche Innovationen und in grundlegende Zukunftsaufgaben wie Bildung, Forschung und Klimaschutz. Bereits vor der Krise (2006) lag der Anteil der Nettoinvestitionen in Deutschland bei 3,3% und damit bei weniger als der Hälfte des entsprechenden Wertes in den USA und in der restlichen Eurozone.

Auch die öffentliche Investitionsquote ist zu niedrig. Gerade hier muss trotz Schuldendruck mehr ausgegeben werden, um die Weichen in die Zukunft stellen zu können. Es ist offensichtlich, dass die schwarz-gelbe Regierung diese Frage entweder gar nicht (in Form gießkannenartiger Aktionen) oder falsch (in Form beispielsweise des Hotel-Privilegs) beantwortet.

Eine zentrale Rolle bei der Investitionssteuerung kommt dem Steuer- und Abgabensystem auf zweierlei Weise zu: einerseits durch die Gewährleistung einer stetigen und gezielten staatlichen Investitionstätigkeit – damit sich auch private Investitionen in Deutschland lohnen; und andererseits durch direkte Anreize zur Verstärkung der privaten Investitionstätigkeit. Eine gelungene Wachstumsstrategie verbindet beides in einem intelligenten Mix.

#### **(4) Wie erneuern wir das Innovationssystem des „Modells Deutschland“?**

Das Innovationssystem Deutschland funktioniert im Zusammenspiel von mittelständischen wie großen Unternehmen mit Hochschulen und Forschungsinstituten durch exzellente Studienangebote, Forschungsleistungen und Ausbildungen: Die Rolle des Staates als Pionier bzw. Rahmengeber müssen wir klar definieren:

- Mängel in unserem Bildungssystem dürfen nicht zur Bremse für Wirtschaft und Arbeit werden. Für die Erneuerung unseres Produktionsstandorts brauchen wir insbesondere mehr MINT-Absolventen. Wir müssen die Qualität der Lehre verbessern und die Studierenden besser betreuen. Qualität und Gründlichkeit unserer Ingenieurausbildung dürfen durch Master- und Bachelorstudiengänge nicht leiden.
- Wir dürfen unser international bewundertes Ausbildungssystem nicht links liegen lassen. Fast ein Drittel der deutschen Erwerbstätigen verfügt heute über



keine oder nur über einfache Qualifikationen. Arbeitgeber, die zu wenig in das menschliche Vermögen investieren und Deutschland zum Niedriglohnland machen wollen, schaden sich selbst und der gesamten Wirtschaft. Letzen Endes muss hier Ordnungspolitik nachhelfen.

- In einem wichtigen Feld hinkt unser Innovationssystem hinterher: die gleichberechtigte Einbeziehung von Frauen ins Wirtschaftsleben. Frauen verdienen bei gleicher Arbeit pro Stunde 23 Prozent weniger als Männer. In der Privatwirtschaft liegt der Frauenanteil im Top-Management, bei nur fünf Prozent. Das Potential der Frauen darf zukünftig aus ökonomischen wie Gerechtigkeitsgründen in keinem Bereich mehr ungenutzt bleiben.

### **(5) Wie machen wir den Finanzsektor endlich zum Diener der Realwirtschaft und zu einem verlässlichen Eckpfeiler einer „Sozialen Marktwirtschaft“?**

Realwirtschaftliche Investitionen und Innovation brauchen ein Bankensystem, das sie verlässlich finanziert. Wir sind anderthalb Jahre nach dem Lehman-Zusammenbruch noch weit davon entfernt.

Wir können nicht hinnehmen, dass Gewinne privatisiert und Verluste sozialisiert werden. Und dass die Casino- und Bonus-Mentalität weiter besteht und die Finanzmärkte sich weigern, wieder eine im Kern dienende Rolle für die Realwirtschaft zu übernehmen.

Bis zum 27. September 2009 war Deutschland auf allen Ebenen ein Vorreiter in Sachen Finanzmarktregulierung. Die SPD hat Druck gemacht mit dem Abschlussbericht der Projektgruppe „Stabilität und Transparenz auf den internationalen Finanzmärkten“ von Oktober 2008 und dem im Januar 2009 von Peer Steinbrück und Frank-Walter Steinmeier vorgelegten Papier „Unsere Finanzmarktgrundsätze“. Seit die schwarz-gelbe Regierung in Berlin am Ruder ist, ist Deutschland zum Zaungast. Die Sozialdemokraten müssen die Bundesregierung hier mit klaren Erwartungen unter Druck setzen.

Hinter der Debatte um die Bankenregulierung steht sehr viel mehr als nur eine Bändigung des Finanzmarktsektors, um zukünftige Finanzkrisen zu vermeiden. Es geht um die Neubestimmung der Rolle der Finanzmärkte in einem sozialdemokratischen Wirtschaftssystem überhaupt.



## **8) Wie lösen wir die krisenbedingten Zielkonflikte zwischen Zins-, Haushalts-, Konjunktur- und Sozialpolitik?**

Was im Jahr 2007 als US-amerikanische Finanzkrise begann, wurde 2008/2009 zur weltweiten Konjunkturkrise und entwickelt sich nun zu einer Krise der öffentlichen Haushalte. Der aktuelle Fall Griechenland macht deutlich, dass die Weltwirtschaft an einem „tipping point“ angekommen ist: Gelingt es den Staaten nach den Rettungsaktionen zunächst im Finanzsektor und dann in der Realwirtschaft, jetzt die Krise der öffentlichen Haushalte beherrschbar zu halten?

Ansonsten wäre Schlimmeres denkbar: sowohl ein Wiederaufflammen der Finanzkrise, diesmal ausgehend von den Märkten für Staatsanleihen von Ländern, die das Vertrauen der Anleger verlieren, wie eine Verstärkung der realwirtschaftlichen Rezession, wenn die öffentlichen Haushalte infolge der Schuldenkrise jetzt ihrerseits die Investitionen bzw. den öffentlichen Konsum abrupt zurückfahren.

Die weitere Entwicklung der Weltwirtschaft zeigt sich abhängig von der Reaktion der Märkte auf das Agieren der Staaten. Um daher die bestmöglichen politischen Entscheidungen zu treffen, müssen sich die politischen Entscheidungsträger der vorhandenen, enormen Zielkonflikte bewusst werden. Auf der einen Seite gibt es einen nicht zu leugnenden Konsolidierungsbedarf der öffentlichen Haushalte. Denn Defizite in zweistelligen Prozentbereichen des BIP werden auf Dauer nicht zu verkraften sein. Viele Finanzmarktakteure und Anleger spekulieren bereits auf den Wertverlust der europäischen Gemeinschaftswährung. Auf der anderen Seite werden die prognostizierten, bescheidenen Wachstumszahlen dieses und nächsten Jahres zu großen Teilen von eben jener antizyklischen Fiskalpolitik getragen.

Die Banken wiederum kommen ihrer Aufgabe nach Krediten für Unternehmen und Selbständige nicht mehr nach: sie reduzieren ihr Kreditvolumen. Die Zins- und Geldpolitik der Notenbanken, die künftig im Zuge der Inflationsbekämpfung deutlich restriktiver gestaltet werden wird, dürfte ihr übriges zur Kreditknappheit beitragen. Hier stehen sich Preisstabilität und wirtschaftliche Erholung diametral gegenüber.

Wirtschaftspolitik muss hinsichtlich dieser Zwickmühlen abwägen und Prioritäten setzen. Eines wiederum ist leider schon jetzt klar: die schwarz-gelbe Regierung handelt vor allem finanzpolitisch desaströs. Dem muss die Sozialdemokratie Konzepte fiskalischer Nachhaltigkeit gegenüberstellen und die Konfrontation suchen.



## **9) Was ist Europas Strategie gegen die öffentliche Schuldenkrise und für eine bessere wirtschaftspolitische Koordination?**

Es ist in der Krise klar geworden, dass die Wirtschaftspolitik in der EU einer neuen Grundlage bedarf. Wir brauchen eine stärkere wirtschaftspolitische Koordination. Der Stabilitäts- und Wachstumspakt entspricht nicht mehr den heutigen Ansprüchen.

Ebenso wie in der weltweiten Finanz- und Konjunkturkrise nur eine international koordinierte Reaktion einen völligen Kollaps der Weltwirtschaft verhindern konnte, wird auch aus der aktuellen Schuldenkrise nur ein gemeinsamer Weg der Staaten führen. Aufgrund der umfassenden internationalen Finanz- und Handelsverflechtungen gehen von Verschuldungskrisen einzelner Staaten auch Gefahren für die gesamtwirtschaftliche Stabilität aus. Dies gilt ganz besonders für die Partnerstaaten einer Währungsunion. Es bedarf mehr denn je wirtschaftspolitischer Koordination. Nationale und transnationale Rechte und Pflichten müssen klar und verlässlich bestimmt werden.